

Private Unfallversicherung

Handbuch

von
Andreas Kloth

2. Auflage



Verlag C.H. Beck München 2014

Verlag C.H. Beck im Internet:
www.beck.de

ISBN 978 3 406 64415 3

Zu [Leseprobe](#) und [Sachverzeichnis](#)

schnell und portofrei erhältlich bei beck-shop.de DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de

Kloth
Private Unfallversicherung

beck-shop.de

beck-shop.de

Private Unfallversicherung

von

Andreas Kloth

Rechtsanwalt
Fachanwalt für Versicherungsrecht

2., völlig neu bearbeitete Auflage 2014



Hinweis auf abrufbare Arbeitshilfen:

Die AUB 2014 und eine Gegenüberstellung der AUB 2014 – AUB 2010 finden Sie abgedruckt im Anhang.

Diese und folgende weitere Arbeitshilfen sind zudem abrufbar unter www.kloth-versicherungsrecht.de:

- Gegenüberstellung der AUB 2010/2008 – AUB 99 – AUB 94/88
- AUB 1961
- Synopse des VVG a.F. – VVG n.F. (Vorschriften für die Unfallversicherung)
- Allgemeine Bedingungen für die Unfallversicherung mit garantierter Beitragsrückzahlung (AB UBR 2010)
- Allgemeine Versicherungsbedingungen für die Invaliditäts-Zusatzversicherung von Kindern (KIZ 2010)
- Besondere Bedingungen für die Versicherung von Hilfs- und Pflegeleistungen in der Unfallversicherung (BB Hilfe und Pflege/Senioren 2006)

www.beck.de

ISBN 978 3 406 64415 3

© 2014 Verlag C.H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München

Druck und Bindung: Nomos Verlagsgesellschaft
In den Lissen 12, 76547 Sinzheim

Satz: Textservice Zink, Schwarzach

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort

Seit dem Erscheinen der ersten Auflage dieses Handbuchs haben sich zahlreiche Faktoren, die dessen Inhalt beeinflussen, stark verändert.

Zunächst erforderte die zwischenzeitlich ergangene Rechtsprechung eine dringende Aktualisierung. Weiter haben sich gewichtige Stimmen sowohl in neueren Kommentierungen als auch in Urteilsanmerkungen und Fachaufsätzen zu Wort gemeldet. Die vor einigen Jahren noch sehr überschaubare Literatur zur privaten Unfallversicherung hat hierdurch spürbar zugenommen – was sehr zu begrüßen ist. Auch konnten inzwischen erste praktische Erfahrungen im Umgang mit dem bei Drucklegung der Voraufgabe im Jahr 2008 noch neuen VVG gemacht werden. Da in diesem Werk dem Praxisbezug ein besonderer Stellenwert zukommt, war es nun an der Zeit, all diese Neuerungen zu berücksichtigen. Im Rahmen einer vollständigen Überarbeitung wurde ein besonderes Augenmerk auf die noch ausführlichere Darstellung der besonders praxisrelevanten Themengebiete gelegt. Gleiches gilt für den prozessualen Teil, der umfassend redigiert und ergänzt wurde.

Das Werk berücksichtigt die bis Mitte März 2014 veröffentlichte Rechtsprechung. Auch die Besonderheiten der zu diesem Zeitpunkt gerade bekanntgegebenen AUB 2014 konnten bereits mit einbezogen werden.

Ziel bleibt es, durch eine klare Struktur den schnellen praktischen Einstieg in die jeweiligen Problembereiche zu ermöglichen. Hierbei sollen zahlreiche Querverweise, Rechtsprechungsbeispiele, Praxishinweise und ein deutlich erweitertes Sachregister helfen.

Anregungen und Hinweise sowie die Zusendung nicht veröffentlichter Entscheidungen sind mir jederzeit willkommen (kloth@kloth-versicherungsrecht.de).

Danken möchte ich Herrn *Philipp Mützel* seitens des Verlags für seine stetige Bestärkung, eine Neuauflage zu veröffentlichen, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unserer Mandantschaft und zahlreichen Seminarteilnehmern für so manchen Denkanstoß und viele anregende Diskussionen.

Der größte Dank gebührt erneut meiner Frau Nicole und unseren Kindern Julius und Maya, ohne deren Motivationshilfen und Verständnis ein Zusammenspiel von Berufs-, Privat- und Autorenleben nicht möglich wäre.

Dortmund, im Juli 2014

Andreas Kloth

beck-shop.de

Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis	XIII
Abkürzungsverzeichnis	XXVII
Literaturverzeichnis	XXXI
A. Einleitung	1
I. Zahlen, Daten, Fakten	1
II. Unterscheidung zwischen gesetzlicher und privater Unfallversicherung	2
III. Geschichte der privaten Unfallversicherung	3
IV. Personenversicherung und Summenversicherung	4
V. Formen der Unfallversicherung	4
B. Rechtsgrundlagen der privaten Unfallversicherung	5
I. Versicherungsvertrag	5
II. Versicherungsvertragsgesetz (VVG)	5
III. Bürgerliches Gesetzbuch (BGB)	8
IV. Allgemeine Unfallversicherungsbedingungen (AUB)	8
V. Sonstige Vereinbarungen	24
C. Der Abschluss des Unfallversicherungsvertrages	25
I. Grundsätzliches	25
II. Beteiligte Personen	31
III. Beratungspflichten	40
IV. Dokumentationspflichten	46
V. Rechtsfolgen der Verletzung einer Beratungs- oder Dokumentationspflicht	48
VI. Informationspflichten nach § 7 VVG sowie der VVG- Informationspflichtenverordnung (VVG-InfoV)	48
VII. Verzicht auf Beratung, Dokumentation und Information	53
VIII. Beginn und Ende des Versicherungsschutzes	54
IX. Der Versicherungsbeitrag	55
X. Anzeigen und Willenserklärungen	59
D. Vorvertragliche Anzeigepflichten	61
I. Die Regelungen nach neuem VVG (Ziffer 13 AUB 2010/2008)	62
II. Unterschiede zu den Regelungen nach altem VVG (Ziffer 13 AUB 99)	84
III. Beweislast	86

E. Der Unfall	89
I. Plötzliches Ereignis	89
II. Einwirkung von außen	93
III. Unfreiwillige Gesundheitsschädigung	105
IV. Kausalität	116
V. Beweis des Unfalls	118
VI. Checklisten zum Vorliegen eines Unfalls	121
F. Unfallfiktion „Erhöhte Kraftanstrengung“	125
I. Objektiver oder subjektiver Beurteilungsmaßstab?	126
II. Intransparenz?	127
III. Zeitliche Komponente	128
IV. Kausalzusammenhang	128
V. Erfasste Verletzungsarten	129
VI. Erfasste Körperteile	129
VII. Rechtsprechungsbeispiele Sportunfälle	130
VIII. Sonstige Rechtsprechungsbeispiele	131
IX. AUB 2014	133
G. Die Invaliditätsleistung	135
I. Legaldefinition Invalidität	135
II. Formelle Voraussetzungen des Invaliditätsanspruchs	138
III. Haftungsfall: Fristen – Tipps	177
IV. Prozessuales	178
V. Bemessung der Invalidität	183
VI. Neubemessung der Invalidität/Nachprüfungsverfahren	209
VII. Höhe der Invaliditätsleistung	219
H. Sonstige Leistungsarten	227
I. Übergangsleistung	227
II. Tagegeld	229
III. Krankenhaus-Tagegeld	231
IV. Genesungsgeld	235
V. Todesfalleistung	236
VI. Sonderfälle	237
J. Einschränkung der Leistungspflicht durch mitwirkende Ursachen	245
I. Sinn und Zweck	245
II. Krankheiten und Gebrechen	246
III. Mitwirkung	250
IV. Berücksichtigung früherer Unfälle?	251
V. Maßgeblicher Zeitpunkt – Berücksichtigung im Neubemessungsverfahren?	252
VI. Beweislast	252
VII. Kürzung bei Zusammentreffen mit Vorinvalidität	253

VIII. Kumulative Berücksichtigung nach bereits erfolgtem Vorinvaliditätsabzug?	253
K. Risikoausschlüsse	255
I. Grundsätzliches und Beweislast	255
II. Geistes- oder Bewusstseinsstörungen, Anfälle	256
III. Straftat	278
IV. Krieg, Bürgerkrieg und innere Unruhen	285
V. Luftfahrtunfälle	290
VI. Wettfahrten	292
VII. Unfälle durch Kernenergie	297
VIII. Bandscheibenschäden, Blutungen aus inneren Organen, Gehirnblutungen	297
IX. Gesundheitsschäden durch Strahlen	301
X. Gesundheitsschäden durch Heilmaßnahmen oder Eingriffe	302
XI. Infektionen	308
XII. Vergiftungen	313
XIII. Krankhafte Störungen infolge psychischer Reaktionen („Psychoklausel“)	315
XIV. Bauch- oder Unterleibsbrüche	321
XV. Herbeiführung des Versicherungsfalles	322
L. Änderung der Berufstätigkeit oder Beschäftigung	325
I. Gesetzliche Vorgabe (§ 181 VVG)	326
II. Anzeigepflicht bei Änderung der Berufstätigkeit oder Beschäftigung	327
III. Folgen einer Änderung	327
M. Obliegenheiten nach Eintritt des Versicherungsfalles	331
I. Grundsätzliches	331
II. Keine Geltung „alter Obliegenheiten“ bei fehlender Vertragsanpassung im Zuge der VVG-Reform	333
III. Hinzuziehen eines Arztes	334
IV. Unterrichtung des Versicherers	335
V. Unfallanzeige und Pflicht zur Erteilung sachdienlicher Auskünfte	337
VI. Besonderheit der AUB 94/88: Hinwirkung auf Bericht- und Gutachtenerstattung	344
VII. Untersuchung durch vom Versicherer beauftragte Ärzte und Schweigepflichtentbindungsverpflichtung	344
VIII. Meldung des Todes	349
N. Folgen der Nichtbeachtung von Obliegenheiten	351
I. „Neues“ VVG – Ziffer 8 AUB 2010/2008	351
II. Einzelfälle zur alten Rechtslage nach „altem“ VVG	362

III. Zusammenfassung der wichtigsten Unterschiede zwischen alter und neuer Rechtslage bei Obliegenheitsverletzungen und deren Folgen	364
O. Der Einsatz von Ermittlern	367
I. Grenzen der Zulässigkeit eines Ermittlereinsatzes	367
II. Erstattungsfähigkeit der Ermittlerkosten	368
P. Fälligkeit der Leistungen	371
I. Rechtscharakter der Anerkenntniserklärung	371
II. Erklärungsfrist/-form	372
III. Folgen einer unterlassenen Erklärung	374
IV. Begründung der Erklärung	374
V. Folgen des Anerkenntnisses	375
VI. Zahlungsfrist bei Fälligkeit	376
VII. Vorschüsse	377
Q. Verjährung	379
I. Ansprüche aus der Unfallversicherung/aus dem Versicherungsvertrag	379
II. Verjährungsbeginn	379
III. Verjährungshemmung	380
R. Insolvenz	383
I. Insolvenz des Versicherungsnehmers	383
II. Insolvenz der versicherten Person	384
III. Insolvenz des Versicherers	384
S. Unfallversicherung mit garantierter Beitragsrückzahlung	385
T. Übersicht über zu beachtende Fristen in der Unfallversicherung	387
U. Der Unfallversicherungsprozess	389
I. Sachliche Zuständigkeit	389
II. Gerichtsstand	389
III. Frist zur gerichtlichen Geltendmachung	393
IV. Gerichtliche Geltendmachung – Vorüberlegungen	393
V. Anforderungen an die Darlegungs- und Beweislast	410
VI. Inhalt einer Klage des Versicherungsnehmers	410
VII. Inhalt der Klageerwidern des Versicherers	411
VIII. Rückforderungsprozess des Versicherers	412
IX. Einzelrichter oder Zivilkammer?	414
X. Richterablehnung	414
XI. Sachverständigenbeweis (Unfallversicherungsprozess = Sachverständigenprozess)	418

XII. Augenschein	440
XIII. Parteivernehmung	440
XIV. Zeugenbeweis	441
XV. Urkundsbeweis	442
XVI. Anordnung des persönlichen Erscheinens	443
XVII. Kostenentscheidung	447
XVIII. Berufungs-/Revisionsinstanz	448
XIX. Ersatz von Rechtsverfolgungskosten	449
XX. Besonderheiten der Kostenerstattung bezüglich Privatgutachten	449
XXI. Abfindungsvereinbarung	451
V. Übersicht über die Beweislast in der Unfallversicherung	453
Anhang	
I. Allgemeine Unfallversicherungsbedingungen (AUB 2014)	461
II. Gegenüberstellung der AUB 2014 – AUB 2010	486
Sachregister	525

beck-shop.de

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XXVII
Literaturverzeichnis	XXXI

A. Einleitung	1
I. Zahlen, Daten, Fakten	1
II. Unterscheidung zwischen gesetzlicher und privater Unfallversicherung	2
III. Geschichte der privaten Unfallversicherung	3
IV. Personenversicherung und Summenversicherung	4
V. Formen der Unfallversicherung	4
B. Rechtsgrundlagen der privaten Unfallversicherung	5
I. Versicherungsvertrag	5
II. Versicherungsvertragsgesetz (VVG)	5
1. Übergangsregelungen/Geltung VVG a.F. – VVG n.F.	7
2. Überblick: Zeitliche Geltung VVG a.F. – VVG n.F.	7
III. Bürgerliches Gesetzbuch (BGB)	8
IV. Allgemeine Unfallversicherungsbedingungen (AUB)	8
1. Einbeziehung von AVB in den Vertrag	9
a) Grundsätzliches	9
b) Hinweis auf AVB	10
c) Kenntnisnahme der AVB	10
d) Einverständnis des Versicherungsnehmers	10
e) Maßgeblicher Zeitpunkt	10
2. Rechtsfolgen bei gescheiterter Einbeziehung der AUB	12
3. Grundsätzliches zur Einbeziehung neuer AUB in bestehende Verträge	13
4. Besonderheit: Anpassung von AUB in Altverträgen im Zuge der VVG-Reform	15
5. Auslegung und inhaltliche Kontrolle von AVB	16
a) Grundsätze der Überprüfung von AVB	16
b) Der durchschnittliche Versicherungsnehmer	17
c) Überprüfung von AVB anhand der Generalklausel des § 307 BGB	19
d) Transparenzgebot	20
e) Überraschende oder mehrdeutige Klauseln	21
f) Rechtsfolgen bei unwirksamen Klauseln	21
g) Darlegungs- und Beweislast	22

h) Auslegung auch zu Ungunsten des Versicherten?	22
i) Graphische Prüfungsübersicht zur Auslegung und Inhaltskontrolle von AVB	23
V. Sonstige Vereinbarungen	24
C. Der Abschluss des Unfallversicherungsvertrages	25
I. Grundsätzliches	25
1. Antragsmodell	25
2. Invitatiomodell	26
3. Stellvertretermodell	28
4. Widerrufsrecht des Versicherungsnehmers	29
5. Annahme des Antrages	29
II. Beteiligte Personen	31
1. Versicherer, Versicherungsnehmer	31
2. Fremdversicherung	31
a) Versicherung gegen Unfälle eines anderen für fremde Rechnung (= Fremdversicherung für fremde Rechnung)	32
b) Versicherung gegen Unfälle eines anderen für eigene Rechnung (= Fremdversicherung für eigene Rechnung)	32
c) Zurechnung des Verhaltens des anderen	34
3. Bezugsberechtigte(r)	35
4. Vertragsschluss mit Minderjährigen	36
5. Kinder-Tarif	37
6. Nicht versicherbare Personen	37
a) § 3 AUB 94/88	38
b) § 5 AUB 61	38
c) Rechtsfolgen	39
d) Beweislast	39
7. Prozessuale Hinweise	40
III. Beratungspflichten	40
1. Beratungsgrundlagen für Vermittler	41
2. Beratungsanlass	42
3. Konkrete Beratungspflichten im Bereich der Unfall- versicherung	42
4. Beratungspflicht des Versicherers während der Vertrags- laufzeit	44
5. Beratungspflicht des Versicherungsmaklers im Schadensfall	45
6. Beratungspflicht bei einem Vertragswechsel	46
7. Korrespondenz	46
IV. Dokumentationspflichten	46
V. Rechtsfolgen der Verletzung einer Beratungs- oder Dokumentationspflicht	48
VI. Informationspflichten nach § 7 VVG sowie der VVG- Informationspflichtenverordnung (VVG-InfoV)	48
1. Grundsätzliches	48

2. Besonderheiten bei der Unfallversicherung mit Prämienrückgewähr	49
3. Produktinformationsblatt	49
4. Sonstige Informationspflichten	50
5. Form der Informationserteilung	51
6. Zeitpunkt der Informationserteilung	51
7. Rechtsfolgen bei Verletzung der Informationspflicht	52
8. Widerrufsrecht des Versicherungsnehmers	52
9. Darlegungs- und Beweislast	53
VII. Verzicht auf Beratung, Dokumentation und Information	53
VIII. Beginn und Ende des Versicherungsschutzes	54
IX. Der Versicherungsbeitrag	55
1. Erstbeitrag	56
2. Folgebeitrag	57
3. Besonderheiten bei Lastschriftermächtigung	58
4. Sonstiges (Teilzahlung, vorzeitige Vertragsbeendigung, Beitragsbefreiung bei der Versicherung von Kindern)	58
5. AUB 2014	59
X. Anzeigen und Willenserklärungen	59
D. Vorvertragliche Anzeigepflichten	61
I. Die Regelungen nach neuem VVG (Ziffer 13 AUB 2010/2008)	62
1. Gefahrerhebliche Umstände	62
2. Antragsfragen	63
3. Anzeigepflichtiger Personenkreis	65
4. Verschuldensstufen	65
a) Vorsatz	65
b) Grobe Fahrlässigkeit	65
c) Abgrenzung der groben Fahrlässigkeit zum bedingten Vorsatz und zur einfachen Fahrlässigkeit	66
5. Wann liegt eine Anzeigepflichtverletzung vor?	66
6. Zurechnung des Verhaltens Dritter	68
7. Nachfrageobliegenheit des Versicherers	70
8. Rechtsfolgen einer vorvertraglichen Anzeigepflichtverletzung	71
a) Hinweispflicht des Versicherers	72
b) Rücktritt	73
c) Kündigungsrecht des Versicherers	77
d) Vertragsanpassung	78
e) Erlöschen des Rücktritts-, Kündigungs- und Vertragsanpassungsrechts	78
f) Besonderes Kündigungsrecht des Versicherungsnehmers	78
g) Graphische Darstellungen	79
h) Anfechtung wegen arglistiger Täuschung	81
II. Unterschiede zu den Regelungen nach altem VVG (Ziffer 13 AUB 99)	84
III. Beweislast	86

E. Der Unfall	89
I. Plötzliches Ereignis	89
1. Subjektive und objektive Elemente	89
2. Allmähliche Einwirkung von Witterungsbedingungen (z.B. Kälte oder Hitze)	91
3. Operationen und Heilmaßnahmen	92
4. Rechtsprechungsbeispiele	92
II. Einwirkung von außen	93
1. Ungeschickte, aber willensgesteuerte Eigenbewegungen	95
2. Im Verlauf nicht willensgesteuerte Eigenbewegungen	97
3. Ausgleichsbewegungen	98
4. Psychische Einwirkungen ausreichend?	99
5. Optische und/oder akustische Wahrnehmungen	101
6. Unfälle durch Nahrungseinnahme	101
7. Einwirkung von außen im Zusammenhang mit Gegenständen	102
8. Ertrinken; Unfälle beim Baden	103
III. Unfreiwillige Gesundheitsschädigung	105
1. Gesundheitsschädigung	105
2. Unfreiwilligkeit	106
3. Freiwilligkeit	106
4. Abgrenzung	108
5. Besondere Beweislastregel	109
6. Typische Indizien	110
7. Nachweis eines Suizids	112
8. Weitere Beispielfälle	114
a) Selbstverstümmelungen	114
b) Sonstige Fälle	115
IV. Kausalität	116
V. Beweis des Unfalls	118
VI. Checklisten zum Vorliegen eines Unfalls	121
F. Unfallfiktion „Erhöhte Kraftanstrengung“	125
I. Objektiver oder subjektiver Beurteilungsmaßstab?	126
II. Intransparenz?	127
III. Zeitliche Komponente	128
IV. Kausalzusammenhang	129
V. Erfasste Verletzungsarten	129
VI. Erfasste Körperteile	129
VII. Rechtsprechungsbeispiele Sportunfälle	130
VIII. Sonstige Rechtsprechungsbeispiele	131
IX. AUB 2014	133

G. Die Invaliditätsleistung	135
I. Legaldefinition Invalidität	135
II. Formelle Voraussetzungen des Invaliditätsanspruchs	138
1. Wirksamkeit der Klausel – Transparenzdiskussion	138
2. Jahresfrist (Eintritt der Invalidität)	142
3. 15-Monats-Frist (ärztliche Feststellung/inhaltliche Anforderungen)	143
a) Sinn und Zweck der Regelung	143
b) Schriftlichkeit erforderlich?	144
c) Urheber der Bescheinigung	146
d) Adressat der Bescheinigung	147
e) Anforderungen an den Inhalt der ärztlichen Invaliditätsfeststellung	147
f) Folgen der Fristversäumung	150
g) Checkliste: Inhalt der ärztlichen Invaliditätsfeststellung	152
4. 15-Monats-Frist (Geltendmachung)	153
a) Allgemeines	153
b) Unfallanzeige als Geltendmachung der Invalidität?	155
c) Form der Geltendmachung	156
d) Zugang der Erklärung beim Versicherer	156
e) Geltendmachung gegenüber dem Versicherungsvertreter	158
f) Exkulpation des Versicherungsnehmers	158
5. Hinweispflicht des Versicherers	160
a) Exkurs: Rechtslage nach altem VVG	160
b) Gründe für die Einführung des § 186 VVG	166
c) Adressaten der Hinweispflicht	167
d) Umfang der Hinweispflicht	168
e) Hinweis auch auf nicht vertragliche Anspruchs- und Fälligkeitsvoraussetzungen?	169
f) Hinweis auf Anforderungen der bisherigen Rechtsprechung?	169
g) Hinweis auf Rechtsfolgen	170
h) Zeitpunkt der Belehrung	171
i) Form der Belehrung	172
j) Rechtsfolge des unterlassenen oder nicht ordnungsgemäßen Hinweises	172
k) Darlegungs- und Beweislast	173
l) Treuwidrigkeitseinwand nach neuem Recht	173
6. Hinweispflicht des Anwalts	173
7. Reaktion des Versicherungsnehmers nach erteiltem Hinweis	174
8. Anlassbezogene (erneute) Belehrungspflicht trotz ordnungsgemäßer vorheriger Belehrung	174
9. Checkliste zur Geltendmachung von Invaliditätsansprüchen	177
III. Haftungsfalle: Fristen – Tipps	177

IV. Prozessuales	178
1. Muss sich der Versicherer auf das Fehlen der Anspruchsvoraussetzungen berufen?	178
2. Beweislast, Kausalität, Anwendbarkeit der §§ 286, 287 ZPO	180
3. Kausalitätsfragen bei mehreren Unfällen	182
4. Berücksichtigung anderweitiger Ursachen	183
V. Bemessung der Invalidität	183
1. Zeitpunkt der Invaliditätsbewertung – Bewertungsstichtag im Rahmen der Erstbemessung	184
2. Gliedertaxe	188
a) Graphische Übersicht über die Invaliditätsgrade nach der Gliedertaxe	188
b) Abschließender Charakter der Gliedertaxe	188
c) Teilweise Funktionsbeeinträchtigung	189
d) Augen- und Ohrschäden nach den AUB 61	190
e) Beeinträchtigung mehrerer oder paariger Körperteile	192
f) Besonderheiten der Gliedertaxe nach AUB 94/88 (§ 7 I Nr. 2 Buchst. a)	192
g) Beurteilungskriterien	195
h) Berücksichtigung von medizinischen Kompensationsmöglichkeiten	198
3. Verbesserte Gliedertaxen	198
4. Bemessung außerhalb der Gliedertaxe	201
a) Normalfall: AUB-Gliedertaxe ist vereinbart	202
b) Auswirkungen der Vereinbarung einer verbesserten Gliedertaxe	203
c) Besonderheit: Verlust eines von sog. paarigen Organen	204
5. Vorinvalidität	205
6. Maximale Leistungshöhe: 100 %	207
7. Bemessung durch medizinische Sachverständige	208
VI. Neubemessung der Invalidität/Nachprüfungsverfahren	209
1. Gesetzliche Grundlage	209
2. Sinn und Zweck	209
3. Hinweispflicht des Versicherers	210
4. Ausübung und konkludente Ausübung des Neubemessungsverlangens durch den Versicherungsnehmer	211
5. Frist zur Ausübung des Neubemessungsverlangens	212
6. Keine Begründungspflicht	214
7. Hinweise zum Bewertungszeitpunkt im Rahmen der Neubemessung	214
8. Maßgeblicher Zeitraum nach vorangegangenem Rechtsstreit über die Erstfeststellung	215
9. Rückforderung nach Neubemessung?	216
10. Verweigerung der Mitwirkung	217
11. Fälligkeit und Verjährung eines Neubemessungsanspruchs	218
12. AUB 2014	219

VII. Höhe der Invaliditätsleistung	219
1. Progressionsstaffel	219
2. Progressionsstaffel und Leistungskürzung	221
a) Kürzung wegen Vorinvalidität	221
b) Kürzung gemäß Ziffer 3 AUB 2010/2008/99	222
c) Kürzung gemäß § 8 AUB 94/88 und § 10 I AUB 61	222
3. Unfallrente	224
4. Auswirkungen des Todes der versicherten Person	225
a) Unfallbedingter Tod innerhalb eines Jahres	225
b) Unfallfremde Todesursache	225
H. Sonstige Leistungsarten	227
I. Übergangsleistung	227
II. Tagegeld	229
III. Krankenhaus-Tagegeld	231
1. Medizinische Notwendigkeit	231
2. Notwendigkeit einer vollstationären Heilbehandlung	232
3. Behandlungseinrichtung	233
4. Unfallkausalität	235
5. AUB 2014	235
IV. Genesungsgeld	235
V. Todesfalleistung	236
VI. Sonderfälle	238
1. Sofortleistung bei Schwerverletzungen	238
2. Heilkosten	239
3. Kosmetische Operationen	240
4. Kurkostenbeihilfe	242
5. Bergungskosten	242
6. Sonstiges	243
J. Einschränkung der Leistungspflicht durch mitwirkende Ursachen	245
I. Sinn und Zweck	245
II. Krankheiten und Gebrechen	246
1. Krankheiten	246
2. Gebrechen	248
3. Unfallfremde Mitwirkung trotz fehlender vorheriger Beschwerden	249
III. Mitwirkung	250
IV. Berücksichtigung früherer Unfälle?	251
V. Maßgeblicher Zeitpunkt – Berücksichtigung im Neubemessungsverfahren?	252
VI. Beweislast	252

VII. Kürzung bei Zusammentreffen mit Vorinvalidität	253
VIII. Kumulative Berücksichtigung nach bereits erfolgtem Vorinvaliditätsabzug?	253
K. Risikoausschlüsse	255
I. Grundsätzliches und Beweislast	255
II. Geistes- oder Bewusstseinsstörungen, Anfälle	256
1. Sinn und Zweck	257
2. Geistesstörung	257
3. Bewusstseinsstörungen	258
a) Schwindelanfall	260
b) Grundsätzliches zu alkoholbedingten Bewusstseinsstörungen	261
c) Alkoholbedingte Bewusstseinsstörungen im Straßenverkehr	263
d) Alkohol- und drogenbedingte Bewusstseinsstörungen im Straßenverkehr	270
e) Alkoholbedingte Bewusstseinsstörungen außerhalb des Straßenverkehrs	270
f) Schaubild zu alkoholbedingten Bewusstseinsstörungen	273
g) Beweis des Vorliegens des Ausschlussstatbestandes	273
h) Beweis der Ursächlichkeit der Bewusstseinsstörung für den Unfall	276
4. Wiedereinschluss	277
5. AUB 2014	277
III. Straftat	278
1. Sinn und Zweck	278
2. Vorsätzliche Straftat	278
3. Bindungswirkung einer strafrechtlichen Verurteilung?	280
4. Verkehrsstraftaten	280
a) Fahren ohne Fahrerlaubnis (§ 21 Abs. 1 Nr. 1 StVG)	280
b) Gefährdung des Straßenverkehrs (§ 315c StGB)	281
c) Trunkenheit im Verkehr (§ 316 StGB)	281
d) Sonstige Verkehrsstraftaten	282
5. Adäquater und gefahrtypischer Ursachenzusammenhang	282
6. Sonstige Straftaten	284
7. Beweislast	284
IV. Krieg, Bürgerkrieg und innere Unruhen	285
1. Sinn und Zweck	285
2. Krieg, Bürgerkrieg	286
3. Innere Unruhen (§ 2 I (3) AUB 94/88)	287
4. Besonderheit der AUB 2010/2008/99: Überraschungsklausel	288
5. BB Kriegsrisiko	289
6. Kausalität	289

7. Beweislast	289
8. AUB 2014	290
V. Luftfahrtunfälle	290
VI. Wettfahrten	292
1. Ziel: Erzielung von Höchstgeschwindigkeiten	292
2. Motorfahrzeug	293
3. Fahrer, Beifahrer oder Insasse	293
4. Fahrtveranstaltung	294
5. Beweis	294
6. AUB 2014	296
VII. Unfälle durch Kernenergie	297
VIII. Bandscheibenschäden, Blutungen aus inneren Organen, Gehirnblutungen	297
1. Sinn und Zweck	297
2. Bandscheibenschäden	298
3. Blutungen aus inneren Organen, Gehirnblutungen	300
IX. Gesundheitsschäden durch Strahlen	301
X. Gesundheitsschäden durch Heilmaßnahmen oder Eingriffe	302
1. Sinn und Zweck	303
2. Wirksamkeit der Ausschlussregelung	303
3. Heilmaßnahmen	303
4. Eingriffe am Körper	304
5. Maßgeblicher Zeitpunkt	305
6. Ausführende Personen	305
7. Kausalität	306
8. Einzelfälle	306
9. Wiedereinschluss	307
XI. Infektionen	308
1. Ausschluss von Infektionen	308
2. Wiedereinschlussklauseln	311
3. Beweislast	311
4. Infektionsklauseln	312
5. AUB 2014	313
XII. Vergiftungen	313
XIII. Krankhafte Störungen infolge psychischer Reaktionen („Psychoklausel“)	315
1. Sinn und Zweck/Wirksamkeit der Klausel	315
2. Reichweite der Ausschlussregelung	315
3. Abgrenzungshilfe	319
4. Beweislast	320
XIV. Bauch- oder Unterleibsbrüche	321
XV. Herbeiführung des Versicherungsfalles	322
1. Sinn und Zweck	322

2. Vorsätzliche Herbeiführung des Versicherungsfalles durch den Versicherungsnehmer im Fall der Fremdversicherung auf eigene Rechnung	323
3. Vorsätzliche Herbeiführung des Versicherungsfalles durch einen bezugsberechtigten Dritten	323
L. Änderung der Berufstätigkeit oder Beschäftigung	325
I. Gesetzliche Vorgabe (§ 181 VVG)	326
II. Anzeigepflicht bei Änderung der Berufstätigkeit oder Beschäftigung	327
III. Folgen einer Änderung	327
1. Minderung	327
2. Erhöhung	328
3. Wahlmöglichkeit des Versicherungsnehmers	328
4. Rechte des Versicherers	329
M. Obliegenheiten nach Eintritt des Versicherungsfalles	331
I. Grundsätzliches	331
1. Zeitliche Geltung	331
2. Adressaten	332
II. Keine Geltung „alter Obliegenheiten“ bei fehlender Vertragsanpassung im Zuge der VVG-Reform	333
III. Hinzuziehen eines Arztes	334
IV. Unterrichtung des Versicherers	335
V. Unfallanzeige und Pflicht zur Erteilung sachdienlicher Auskünfte	337
1. Was sind sachdienliche Auskünfte?	338
2. Frage nach weiteren Unfallversicherungsverträgen	339
3. Frage nach Vorerkrankungen	342
4. Stellvertretung beim Ausfüllen der Schadensanzeige	342
5. AUB 2014	344
VI. Besonderheit der AUB 94/88: Hinwirkung auf Bericht- und Gutachtenerstattung	344
VII. Untersuchung durch vom Versicherer beauftragte Ärzte und Schweigepflichtentbindungsverpflichtung	344
1. Allgemeines	344
2. Besonderheiten im Rahmen der Neubemessung	346
3. Einsichtsrecht des Versicherungsnehmers in vom Versicherer eingeholte Sachverständigengutachten und ärztliche Stellungnahmen	347
4. AUB 2014	348
VIII. Meldung des Todes	349

N. Folgen der Nichtbeachtung von Obliegenheiten	351
I. „Neues“ VVG – Ziffer 8 AUB 2010/2008	351
1. Bewertung der Schwere des Verschuldens bei grober Fahrlässigkeit	353
2. Mehrfache Leistungskürzung bei Vorliegen mehrerer grob fahrlässiger Obliegenheitsverletzungen	356
3. Belehrungspflicht	358
4. Beweislast	359
5. Kausalität und Gegenbeweis durch den Versicherungsnehmer	359
6. Arglist	361
II. Einzelfälle zur alten Rechtslage nach „altem“ VVG	362
III. Zusammenfassung der wichtigsten Unterschiede zwischen alter und neuer Rechtslage bei Obliegenheitsverletzungen und deren Folgen	364
O. Der Einsatz von Ermittlern	367
I. Grenzen der Zulässigkeit eines Ermittlereinsatzes	367
II. Erstattungsfähigkeit der Ermittlerkosten	368
P. Fälligkeit der Leistungen	371
I. Rechtscharakter der Anerkenntniserklärung	371
II. Erklärungsfrist/-form	372
III. Folgen einer unterlassenen Erklärung	374
IV. Begründung der Erklärung	374
V. Folgen des Anerkenntnisses	375
VI. Zahlungsfrist bei Fälligkeit	376
VII. Vorschüsse	377
Q. Verjährung	379
I. Ansprüche aus der Unfallversicherung/aus dem Versicherungsvertrag	379
II. Verjährungsbeginn	379
III. Verjährungshemmung	380
1. Ziffer 15.2 AUB 2010/2008	380
2. Hemmung der Verjährung durch Rechtsverfolgung	381
R. Insolvenz	383
I. Insolvenz des Versicherungsnehmers	383
II. Insolvenz der versicherten Person	384
III. Insolvenz des Versicherers	384

S. Unfallversicherung mit garantierter Beitragsrückzahlung	385
T. Übersicht über zu beachtende Fristen in der Unfallversicherung	387
U. Der Unfallversicherungsprozess	389
I. Sachliche Zuständigkeit	389
II. Gerichtsstand	389
1. Zeitlicher Geltungsbereich – Anwendbarkeit auf Altverträge?	390
2. Sachlicher Anwendungsbereich	392
3. Persönlicher Anwendungsbereich	392
III. Frist zur gerichtlichen Geltendmachung	393
IV. Gerichtliche Geltendmachung – Vorüberlegungen	393
1. Beteiligung eines Rechtsschutzversicherers	393
2. Sinn und Zulässigkeit eines selbständigen Beweisverfahren	395
3. Leistungs- oder Feststellungsklage	398
4. Teilklage und mögliche Verjährungsprobleme	401
5. Zurechnung eines Fehlverhaltens des beauftragten Rechtsanwalts	402
6. Beispiele für Klageanträge bei ausgewählten Grund-situationen	402
7. Aktivlegitimation	405
8. Passivlegitimation	407
9. Streitwert	408
10. Überlegungen zum prozessualen Verlauf nach Klageabreichung	409
V. Anforderungen an die Darlegungs- und Beweislast	410
VI. Inhalt einer Klage des Versicherungsnehmers	410
VII. Inhalt der Klagerwidmung des Versicherers	411
VIII. Rückforderungsprozess des Versicherers	412
IX. Einzelrichter oder Zivilkammer?	414
X. Richterablehnung	414
XI. Sachverständigenbeweis (Unfallversicherungsprozess = Sachverständigenprozess)	418
1. Erforderlicher substanziiertes Vortrag des Versicherungsnehmers	418
2. Verzicht auf die Einholung eines Sachverständigen-gutachtens wegen eigener Sachkunde des Gerichts?	418
3. Verzicht auf Sachverständigengutachten wegen unzureichenden Vortrags der beweisbelasteten Partei?	420
4. Verwertung eingeholter Privatgutachten	421
5. Verzicht auf gerichtliches Sachverständigengutachten aufgrund eines vorgelegten Privatgutachtens?	421

6. Ordnungsgemäßer Beweisantritt	424
7. Auswahl des gerichtlichen Sachverständigen	424
8. Vorgaben des Gerichts an den Sachverständigen im Rahmen des Beweisbeschlusses	425
9. Beispiel-Beweisbeschlüsse	426
a) Beispiel für den Inhalt eines Beweisbeschlusses bei Bestimmung des Invaliditätsgrades außerhalb der Gliedertaxe	426
b) Beispiel für den Inhalt eines Beweisbeschlusses bei Bestimmung des Invaliditätsgrades innerhalb der Gliedertaxe und behaupteter unfallfremder Mitwirkung	426
c) Beispiel für den Inhalt eines Beweisbeschlusses bei Bandscheibenschäden	427
10. Ablehnung des Sachverständigen wegen Besorgnis der Befangenheit	428
a) Nach Ernennung aber vor Erstattung des Gutachtens	428
b) Nach Vorliegen des Gutachtens aufgrund des Inhalts des Gutachtens	429
c) Nach Vorliegen des Gutachtens aufgrund anderer Umstände	429
d) Beispiele begründeter und unbegründeter Befangenheits- anträge	430
11. Verweigerung der Mitwirkung beim Sachverständigen- beweis	433
12. Begutachtung durch Hilfskräfte	433
13. Reaktionen nach Vorliegen des Gutachtens – persönliche Anhörung	434
14. Gewährung rechtlichen Gehörs nach Anhörung des Sachverständigen	437
15. Beweiswürdigung bei widersprechenden Gutachten	437
16. Beweiswürdigung bei widersprüchlichen oder unterschied- lichen Angaben des Versicherungsnehmers oder der versicherten Person	438
17. Formulierungen aus Sachverständigengutachten	439
18. Weiteres Sachverständigengutachten	439
19. Haftung des vom Versicherer beauftragten Sachverständigen?	440
XII. Augenschein	440
XIII. Parteivernehmung	440
XIV. Zeugenbeweis	441
XV. Urkundsbeweis	442
XVI. Anordnung des persönlichen Erscheinens	443
1. Anordnung des persönlichen Erscheinens des Klägers	443
2. Anordnung des persönlichen Erscheinens eines informierten und zum Vergleichsabschluss ermächtigten Vertreters des Versicherers	444

3. Verhängung von Ordnungsgeld	445
4. Zustellung eines Ordnungsgeldbeschlusses/Rechtsmittelfristen	446
5. Keine Kostenerstattung im Ordnungsgeldverfahren	447
XVII. Kostenentscheidung	447
XVIII. Berufungs-/Revisionsinstanz	448
XIX. Ersatz von Rechtsverfolgungskosten	449
XX. Besonderheiten der Kostenerstattung bezüglich Privatgutachten	449
XXI. Abfindungsvereinbarung	451
V. Übersicht über die Beweislast in der Unfallversicherung	453
Anhang	
I. Allgemeine Unfallversicherungsbedingungen (AUB 2014)	461
II. Gegenüberstellung der AUB 2014 – AUB 2010	486
Sachregister	525